



# Infoblatt

**Nr. 1/2000 Gemeindeversammlung  
3. Mai, 20.00 Uhr, Aula Schulanlage Brühl**

## Liebe Leserinnen und Leser!

Schon vor fünfzehn Jahren, als sich die Freien Wähler als politische Gruppierung formierten, wurde die politische Organisationsstruktur unseres Dorfes fast einhellig als zu wenig demokratisch empfunden. Man bemängelte schon damals, dass das Amt des Gemeindepräsidenten mit zu viel Macht ausgestattet sei. Das Thema kam seither nie zur Ruhe. Auch in andern Parteien wurde darüber diskutiert. Man war sich aber allseits einig, dass die Pensionierung des Gemeindepräsidenten abzuwarten sei, ehe etwas geändert werden könne. Folgerichtig setzte der Gemeinderat deshalb am 26. April 1999 aus seinem Kreis eine Arbeitsgruppe ein und beauftragte diese, maximal vier Varianten einer möglichen Organisationsstruktur auszuarbeiten und dem Gemeinderat vorzulegen. Man erwartete damals den Rücktritt des Gemeindepräsidenten nicht vor Ende der laufenden Amtsperiode und glaubte deshalb, über genügend Zeit zur Prüfung der sich stellenden Fragen zu verfügen. Die unerwartete Demission am Ende des letzten Jahres auf den 31. März 2000 machte dann der zeitlichen Planung unseres Gemeinderates einen bösen Strich durch die Rechnung. Plötzlich musste alles sehr viel schneller gehen. Es musste unter extremem, fast unzumutbarem Zeitdruck gearbeitet werden. Trotzdem gelang es der gemeinderätlichen Arbeitsgruppe unter dem Vorsitz von Markus Jeremann, ihren Bericht dem Gemeinderat so rechtzeitig zu unterbreiten, dass dieser trotz vorheriger Einholung von Vernehmlassungen aller Ortsparteien die Sache schon am 3. April 2000 zuhanden der Gemeindeversammlung vom 3. Mai 2000 verabschieden konnte. Dabei sind sich alle Parteien einig, dass der definitive Entscheid über die Organisationsstruktur

nicht an der Gemeindeversammlung gefasst werden soll. Er soll vielmehr am 25. Juni an der Urne fallen.

Dem gemeinderätlichen Ausschuss und dem Gemeinderat gebührt ein Lob für ihr schnelles und zielgerichtetes Handeln nach der Demission des Gemeindepräsidenten. Nur so konnte verhindert werden, dass die überfällige politische Auseinandersetzung über unsere zukünftige Organisationsstruktur auf unbestimmte Zeit hinausgeschoben werden musste. Nur so konnte darüber vor der Wahl des neuen Gemeindepräsidenten Klarheit geschaffen werden.

Die Freien Wähler informieren Sie mit dieser Sonderausgabe ihres Info-Blattes näher über die Vorschläge des Gemeinderates und worüber an der Gemeindeversammlung vom 3. Mai 2000 zu beraten bzw. zu entscheiden ist. **Wir geben Ihnen auch unsere Haltung dazu bekannt und bitten Sie schliesslich, an der Versammlung dabei zu sein und Ihre Meinung zu äussern.** Wichtig ist, dass die von Seiten der Gegner jeder Änderung zu befürchtenden Nichteintretensanträge abgelehnt werden. Würde nämlich Nichteintreten beschlossen, könnte es keine Urnenabstimmung geben. Alles bliebe für viele Jahre beim Alten, ohne dass die grosse Mehrheit der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, die an der Gemeindeversammlung erfahrungsgemäss nicht dabei sein wird, sich hätte äussern können. Dies gilt es unbedingt zu verhindern. Je mehr Bürgerinnen und Bürger an der Entscheidung beteiligt sind, desto demokratischer ist diese.

FREIE WÄHLER DORNACH



## Die Zukunft der Gemeinde

### Wie will der Gemeinderat vorgehen?

Der Gemeinderat hat am 3. April entschieden, mit der sogenannten Variante 3 an die Gemeindeversammlung zu gehen. Die Gemeindeversammlung und das Stimmvolk an der Urne sollen über die Einführung von 9 Ressorts und dem Nebenamt für den Gemeindepräsidenten oder die Gemeindepräsidentin befinden. Schon am 7. Februar hat sich der Gemeinderat einstimmig dafür ausgesprochen, dass er der Gemeindeversammlung den Antrag stellt, auf die Schlussabstimmung zu verzichten, damit alle stimmberechtigten Einwohner und Einwohnerinnen am 25. Juni an der Urne über die Einführung der Systemänderung abstimmen können. Alle sollen sich zu dem Änderungsvorschlag äussern, so dass der Entscheid breit abgestützt ist.

### Welche Variante?

Eine der Hauptfragen ist: Warum werden nicht alle Varianten vorgelegt? Die Gründe dafür sind sehr einfach. Auf die Variante 2 (Halbamt) wurde verzichtet, weil keine der Parteien sich dafür ausgesprochen hat. Die Variante 1 (Reduktion des Gemeinderates auf 9 Mitglieder, Abschaffung der Gemeinderatskommission) scheint bei allen Parteien unbestritten zu sein, somit kann sie, falls das Ressortsystem abgelehnt wird, an einer späteren Gemeindeversammlung besprochen werden. Eine Kombination mit der Ressortfrage ist nicht möglich. Es hätte sein können, dass die Variante 1 abgelehnt und die Variante 3 angenommen wird. Das hätte bedeutet, dass eine Mischung entstanden wäre zwischen bestehendem und neuem Recht. In den ganzen Diskussionen wurde immer klarer, dass die Ressortfrage die entscheidende Frage ist. Würde sich das Stimmvolk für diese Variante entscheiden, käme es zu einem echten Systemwechsel. Deswegen ist es auch richtig, dass dazu Stellung genommen wird. Hier hat der Gemeinderat eine Führungsverantwortung. Er kann nicht aus Angst verschiedene Varianten vorlegen, nur weil er sich selbst nicht zu einer Variante bekennen will. Nun hatte die

FdP eine Variante 4 ins Spiel gebracht (Ressortsystem mit vollamtlichem Gemeindepräsidenten). Dem Gemeinderat erschien aber diese Variante nicht praktikabel und er fällt am 3. April den Entscheid, die Variante 4 nicht weiterzuverfolgen und nur mit der Variante 3 vor die Gemeindeversammlung, resp. vor das Stimmvolk zu treten. Es haben nun alle Einwohner und Einwohnerinnen die Möglichkeit zu einer wirklichen Änderung des Systems Stellung zu nehmen.

### Was heisst Variante 3?

Durch die Ressorts haben die zukünftigen Gemeinderäte und Gemeinderätinnen die Chance, Verantwortung für ein Sachgebiet zu übernehmen. Der Gemeindepräsident im Nebenamt ist Vorsteher des Ressorts Präsidiales und koordiniert und leitet die gesamte Arbeit. Er vertritt auch die Gemeinde gegenüber anderen Gemeinden, dem Kanton, den Kooperationspartnern und den Medien. Gleichzeitig wird aber auch die Gewaltentrennung vollzogen. Die Verantwortung für die Verwaltung und das Gemeindepersonal trägt nun nicht mehr der Gemeindepräsident, sondern ein neu einzustellender Gemeindeverwalter oder eine Gemeindeverwalterin. Von den finanziellen Konsequenzen her ist zu sagen, dass diese Variante die Kosten nach den Schätzungen der Kommission um ca. CHF 35000.- pro Jahr erhöht. Natürlich können diese Zahlen nur geschätzt werden, zudem sind ja die Entschädigungen erst noch definitiv festzulegen, wenn das System gewechselt wird. Die Freien Wähler sind der Meinung, dass über die Variante 3 an der Urne abgestimmt werden soll. Es wäre inkonsequent, wenn nun die Gegner des Ressortsystems eine direkte Konfrontation mit der Urne scheuen und durch einen erfolgreichen Nichteintretensantrag an der Gemeindeversammlung verhindern würden. Der gesamte Gemeinderat will gemäss einstimmigem Beschluss vom 7. Februar die Vorlage an die Urne bringen.



## **Es geht auch ohne Jurastudium!**

Für Verwirrung sorgte, dass alle Varianten in die juristische Praxis umgesetzt werden mussten, konkret bedeutet das, dass die Systemänderungen in Paragraphen in der Gemeindeordnung festgelegt werden müssen. So behandeln wir an der Gemeindeversammlung eine Teilrevision der Gemeindeordnung. Es wird Ihnen eine Aufstellung vorgelegt werden, wo Sie die Unterschiede zwischen der neuen und der alten Gemeindeordnung einfach einsehen können. Die wesentlichen Änderungen betreffen 6 Punkte und sind gar nicht kompliziert:

1. Der Gemeinderat zählt neu 9 Mitglieder anstatt 15 (§ 23).
2. Die Gemeinderatskommission wird gestrichen, ihre Kompetenzen fallen dem Gemeinderat zu (§25 und 26).
3. Es gibt einen neuen Paragraphen (§25), wo festgelegt wird, dass 9 Ressorts gebildet werden, die Gemeindeversammlung diese Ressorts beschliesst und der Gemeinderat sie auf- und zuteilt, sowie die Stellvertretungen regelt.
4. Im jetzigen § 46 (neu § 45) wird festgelegt, dass der Gemeindepräsident oder die Gemeindepräsidentin die Gemeinde im Nebenamt führt.
5. Im jetzigen § 50 (neu § 49) wird der Gemeinbeschreiberposten ersetzt durch den Gemeindeverwalter oder die Gemeindeverwalterin. Die Kernaufgaben werden in kurzen Sätzen festgelegt.
6. Im § 63 (neu § 62) wird festgelegt, dass der § 46 (Festlegung Nebenamt) am 1. August 2000 in Kraft tritt, damit fristgerecht zur Wahl am 24. September einberufen werden kann. Alle anderen Änderungen treten auf den Beginn der neuen Amtsperiode in Kraft.

Alle anderen Änderungen sind Folgeerscheinungen dieser sechs Punkte. Im Nachgang sind dann später Änderungen der Dienst- und Gehaltsordnung, sowie einiger Reglemente erforderlich.

## **Dank an die Kommissionsmitglieder!**

Als Kommissionspräsident möchte ich abschliessend betonen, dass in der Kommission, die die Vorlage seit Juli 1999 vorbereitet, hervorragend gearbeitet wurde. Der Zeitdruck war enorm, weil der Gemeindepräsident überraschend zurückgetreten ist und am 24. September neu gewählt werden soll. Für das Aushalten dieses Zeitdrucks und die Arbeit, die jedes einzelne Mitglied dieser Kommission geleistet hat, bin ich sehr dankbar. Es erfüllt mich mit Freude zu sehen, welche Leistung eine Kommission erbringen kann, wenn sie überparteilich als Team die Sachfrage zielgerichtet verfolgt. Der Präsident alleine kann nicht viel ausrichten. Die entscheidende Frage tritt nun vor die Gemeindeversammlung. Aber sie soll auch vor die Urne treten. Das Ergebnis wird den Weg weisen, welchen die Behörden in Zukunft zu gehen haben. Sei es der eine oder der andere...

*Markus Jermann, Gemeinderat*

---

## **Für einen kompetenten Gemeinderat**

Entscheidender Gesichtspunkt für die Einführung des Ressort-Systems ist für mich folgendes: Beim bisherigen System sitzen 14 Gemeinderäte, ohne dass sie für irgend etwas eine gezielte und klare Verantwortung tragen, einem Präsidenten gegenüber, der über alles informiert ist und alle Abklärungen getroffen hat. Oft bekommt man sehr viel Papier zu den Traktanden. Der Prozess der Urteilsbildung ist aber meistens bereits abgeschlossen. Es ist nicht einfach, von neuem zu den tatsächlichen Problemen, die dahinterstecken, vorzustossen. Wenn man es dennoch tut, erscheint man als Störefried eines scheinbar gut funktionierenden Ablaufs. Wenn dann noch Anträge von Fachkommissionen zur Behandlung kommen, geschieht es leicht, dass ohne Respekt vor der mit grossem Verantwortungsbewusstsein geleisteten Arbeit die Sache zerzaust und zurückgewiesen oder ohne die nötige Sachkenntnis geändert wird.

Wenn aber jeder Gemeinderat für einen bestimmten Teilbereich echte Verantwortung trägt, steht er ganz anders im Ganzen drin: ein neues Engagement für den eigenen Bereich verbindet sich mit Respekt vor der Verantwortung des anderen – und so *kann* – im idealen Fall – eine Kollegialität entstehen, die echtes Gespräch und damit echte politische Prozesse in Gang bringen.

Mir geht es also um Folgendes: Praktizieren wir in den Gemeinderatssitzungen über weite Strecken weiterhin ein Geschwafel ohne Verbindlichkeit und Verantwortung – oder erlaubt die Struktur mit den Ressorts ein echtes Gespräch.

*Hans Hasler, Gemeinderat*

---

### **Für klare Zuständigkeiten**

Altes System oder neues System – das ist am 3. Mai die Frage. Diese Frage zu beantworten fällt mir ziemlich leicht. Nach einer 24-jährigen Tätigkeit in einer Gemeindeverwaltung mit Ressortsystem und meiner langjährigen politischen Mitarbeit in unserer Gemeinde kenne ich beide Formen sehr genau. Aber auch ohne eigene Erfahrung kann man sich mit wenig Fantasie in die beiden Arbeitsweisen hineindenken, um zu einem Urteil zu kommen. Beim Ressortsystem werden die Aufgaben verteilt, so dass sich nicht mehr alle Information, aber auch nicht alle Verantwortung, auf eine Person konzentriert. Jeder der neun Gemeinderäte oder Gemeinderätinnen hat einen Fachbereich zu vertreten, wobei die Verantwortung des Gesamtgemeinderates gewahrt bleibt. Es ist eine zutiefst menschliche Eigenschaft, dass bei einer Eigenverantwortung die Einsatzfreude grösser wird und Spass sowie Freude an der Arbeit wächst. Diese positiven Aspekte übertragen sich auch auf die nachgeordneten Instanzen, wie Verwaltung und Kommissionen. Auch für die Einwohner und Einwohnerinnen ist es vorteilhaft zu wissen, wer für was zuständig ist.

Man kann sicher nicht sagen, dass das jetzige System nicht funktioniert. Die grosse Zustimmung aller am politischen Geschehen

Beteiligten zu einer Veränderung zeigt aber auch die Unzufriedenheit mit diesem System. Nachdem sich auch noch herausgestellt hat, dass die finanziellen Mehraufwendungen minim sind, ist keine Begründung in Sicht, warum wir nicht im neuen Jahrtausend eine neue Regierungsform einführen sollten. Ein Risiko ist es sicher nicht: Zahlreiche Gemeinden arbeiten mit dem Ressortsystem.

*Joachim Knauer*

---

### **Für eine Verteilung der Macht**

Das Ressortsystem mit Präsidium im Nebenamt hat für mich den grossen Vorteil, dass sich die Macht, durch Mehrinformation, nicht auf eine einzelne Person konzentriert. Mit neun Gemeinderäten verspreche ich mir eine bessere Kommunikation und klarere Aufteilung der Verantwortung. Ich verspreche mir auch noch mehr Akzeptanz vorallem der kleineren Kommissionen.

*Werner Rudin*

---

### **Für Unterstützung der Kommissionen**

Kommissionen erarbeiten Vorschläge zuhanden des Gemeinderates. Sie machen die fachlichen Abklärungen zu einem Thema, erarbeiten Lösungen, die sie dem Gemeinderat vorlegen. Alle 15 Gemeinderäte erhalten die Unterlagen zum Antrag einige Tage vor der Sitzung, für die das Traktandum vorgesehen ist. Die Präsidentin oder der Präsident der Kommission erläutert dem Rat den Antrag noch einmal und nach der Diskussion und einigen Fragen wird abgestimmt.

Je nach Thema wird innert einer Viertelstunde ein Lösungsvorschlag vom Tisch gewischt für ein Problem, von dessen Tragweite keiner der Gemeinderäte eine genaue Vorstellung hat. Die Gemeinderäte behandeln viele und teilweise umfangreiche Dos-



siers und das in der Freizeit. So ist es unmöglich, sich von jedem anstehenden Problem ein realistisches Bild zu machen. Das Wissen der Gemeinderäte ist breiter und tiefer als dasjenige eines durchschnittlichen Einwohners der Gemeinde. Es ist jedoch zwangsläufig nicht tief genug, um jedem einzelnen Thema gerecht zu werden. So werden Anträge mit unpopulären Folgen abgelehnt, ohne der Dringlichkeit einer Lösung Rechnung zu tragen.

Gerade "unbeliebte" Kommissionen, solche, die unpopuläre Themen bearbeiten, profitieren vom Ressortsystem. Die Ressortleiterin, oder der Ressortleiter, können und müssen sich vertieft mit dem von der Kommission bearbeiteten Thema befassen. Ressortleiter wissen von weniger Themen mehr, sie sind (fach-) kompetentere Gemeinderäte. Sie tragen die Arbeit der Kommission vor den Rat, aber erst dann, wenn sie ausgereift ist.

*Ursula Kradolfer*

---

## Für geteilte Verantwortung

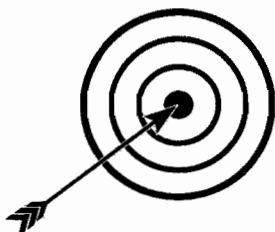
Es bietet sich die günstige Gelegenheit für einen Neubeginn in der Dornacher Gemeindepolitik – nutzen wir sie!

Das neue Ressortsystem nimmt alle Gemeinderäte in ihren Kompetenzen ernst und stärkt deren Verantwortung. Es baut hierarchische Strukturen ab und fördert das „Miteinander“ auf gleicher Ebene über die Parteigrenzen hinweg.

Deshalb unterstütze ich die Einführung des zeitgemässen Ressortsystems mit einem nebenamtlichen Gemeindepräsidenten.

*John Ermel*

---



## Warum ich für ein Ressortsystem mit Präsident im Nebenamt bin

### *Pro Präsident im Nebenamt*

Es mag eine Rolle spielen, dass ich vor mehr als 20 Jahren, als ich mit meiner Familie nach Dornach zog, überrascht wurde von der hiesigen Gemeindeorganisation. Bisher hatte ich immer in Ortschaften gewohnt, wo Gemeindepräsidenten im Nebenamt und Gemeindeverwalter hauptberuflich wirkten. In all den Jahren habe ich mich zwar an Dornachs Praxis gewöhnt, bin nun aber froh, dass eine überparteiliche Kommission Varianten zu einer Reorganisation erarbeitet hat. Der Gemeinderat möchte nun die 3. Variante zur Abstimmung bringen. Auch ich sehe darin Vorteile gegenüber dem alten System. Bei einem Präsidenten im Nebenamt und einem hauptberuflichen Verwalter werden Kompetenzen, Einfluss, Arbeit und Macht auf mehrere Schultern verteilt. Politik und Verwaltung sind klar getrennt und müssen sich um eine gute Zusammenarbeit bemühen. Meiner Meinung nach sollte man schon bei der Anstellung eines hauptberuflichen Verwalters darauf achten, dass er sich aus der dörflichen Parteipolitik heraushalten wird. Er muss fachliche wie auch soziale Kompetenz mitbringen.

### *Pro Ressortsystem*

Ein Gemeinderat wird sich dem zugeteilten Ressort intensiv widmen können. Dem Kontakt zu den jeweiligen Abteilungsleitern kommt sicher eine grosse Bedeutung zu. Als Bindeglied zum Gesamtgemeinderat wird er in der Sitzung seine Ratskollegen zum aktuellen Sachgeschäft effizient informieren und sie zur Diskussion und zum Mitdenken anregen, bevor ein Beschluss gefasst wird. So tritt hoffentlich im Gemeinderat Parteipolitik zu Gunsten der Sachpolitik immer mehr in den Hintergrund. Das dient der Gemeinde und ihrer Bevölkerung wohl am meisten.

Ganz wichtig scheint mir, dass die Bevölkerung zur vorgeschlagenen Reorganisation an der Urne Stellung beziehen kann.

*Irène Gschwind*

## **Für mehr Transparenz**

Der Gemeinderat ist die Exekutive, das heisst die ausführende Gewalt auf Gemeindeebene. Ein 15-köpfiger Gemeinderat ohne Ressortverteilung ist eigentlich ein Schattenkabinet. Es wird zwar viel gesprochen, aber wie steht es mit der Verantwortung? Wer ist das, "der Gemeinderat"? Sobald die Anzahl der Räte auf ein vernünftiges Mass reduziert wird und jedes Ratsmitglied Vorsteher eines Ressorts ist, besteht auf den einzelnen Gebieten, Schulwesen, Bauwesen, Kultur etc., ein verantwortlicher Ansprechpartner. Jedes Gemeindeglied weiss, an wen es sich zu wenden hat. Auch heute kann es sich an einen der Räte wenden, aber dies bleibt unverbindlich, denn der einzelne Gemeinderat hat heute wenig zu sagen. Nur der Mehrheitsentscheid des gesamten Rates ist bestimmend. Ein Gemeinderat als Vorsteher eines Ressorts hat im Rat ein wesentlich grösseres Gewicht, wenn er seine Sache zu vertreten hat, als dies heute der Fall ist.

Damit die Gemeindepolitik transparenter wird, befürworte ich das Ressortsystem.

*Hans Georg Braun*

---

## **Grössere Kompetenz = mehr Effizienz**

Die Idee ist nicht neu. Das Ressort-System gibt es und es bewährt sich mancherorts. Das jetzige System ist auch nicht schlecht, hat es doch lange gehalten und jetzt gerade an dieser Frage bewiesen, dass damit gut gearbeitet werden kann. Was hat denn den Gemeinderat zur Änderung bewogen?

Einerseits könnten viele Fragen von einem Ratsmitglied, welches kompetent das Fachressort unter sich hat, soweit vorabgeklärt werden, dass im Rat das reine Sach-Ermessen diskutiert und die Entscheidung mit grösserer Sicherheit gefällt werden kann. Ich denke dabei nicht nur an die Bau-Fragen, welche einen grossen Raum einnehmen, sondern vor allem auch an die Umwelt-Fragen. Wenn man etwas in der Nachbarschaft herumschaut, muss auffal-

len, dass z.B. die Kompostierung von Grünabfällen vor allem in den Gemeinden gut gelöst ist, die mit dem Ressortsystem arbeiten.

Der Ratsbetrieb ist aber auch schon dadurch effizienter, dass sicher weniger Nicht-eintretensanträge zum Abschmettern von zum Teil guten Ideen und Vorschlägen führt, weil Anträge besser vorbereitet sind und kompetent begründet werden können. Wie manches geht doch unter, nur weil rechtliche Unklarheiten bestehen. Sobald die formaljuristischen Einwände zu stark ins Gewicht fallen, ist die Luft meist weg.

Genau dies droht auch jetzt den Vorschlägen der Arbeitsgruppe zur Überprüfung der Organisationsstruktur. Wer die Beratungen im Gemeinderat und in den Parteien verfolgt hat, konnte dieses Problem klar feststellen: Gute Ideen bringen viel Begeisterung und Glauben an das Zukünftige. Sobald aber die Frage nach dem „wie“ auftaucht und die Machbarkeit erörtert werden muss, tritt eine Art Lähmung ein, die oft dazu führt, dass schliesslich alles beim alten bleibt.

Selbstverständlich muss die rechtliche Seite eines jeden Beschlusses konform sein. Aber die Form allein genügt nicht. Der Inhalt ist genau so wichtig und die Anliegen der Einwohnerinnen und Einwohner müssen ohne Vorbehalte und Ängste besprochen werden. Sobald der Rat aber freier wird von hemmenden Formaldiskussionen, kann er auch die anstehenden Probleme besser angehen.

Die zweite Änderung „Gemeindepräsident im Nebenamt“ folgt ganz logisch auf das Ressortsystem. Der Präsident hat nun nicht mehr alle Fäden alleine in der Hand. Die Sachfragen werden an die Ressortchefs delegiert. Das Delegieren ist erwiesenermassen eine moderne Form in der Zusammenarbeit. Sie gibt dem Einzelnen einen grossen Spielraum in der Entfaltung seiner Initiative und die Möglichkeit, in die Aufgabe herein zu wachsen, Erfahrungen zu machen und kompetent zu werden. Der Präsident wacht, neben seinen übrigen Aufgaben, über die Rechtmässigkeit von Ratsbetrieb. Durch die Kompetenzabtretung an die Res-



sortchefs hat er aber den Rücken frei und kann eine Supervision ausüben. Mit der Sachkompetenz der Einzelnen wächst auch das gegenseitige Vertrauen im Rat, was heute doch eine unabdingbare Grundlage ist im Gemeinwesen.

Zugegeben: das System ist nicht allein entscheidend, immer sind es die Menschen mit ihren Fähigkeiten, aber auch mit dem, was sie noch lernen und entwickeln müssen. Aber mit diesem vom Gemeinderat vorgeschlagenen Systemwechsel wird ein Instrument geschaffen, mit dem mehr Kompetenz, Initiative und Effizienz möglich sind. Das kann nur gut sein für Dornach!

Es ist zu hoffen, dass eine überwiegende Zahl von Einwohnerinnen und Einwohnern dieser Neuerung eine Chance geben, sowohl an der Gemeindeversammlung, als auch an der Urnenabstimmung.

Kommt in grosser Zahl und macht den Weg frei!

*Edwin Kaufmann, Gemeinderat*

---

## Ein Jahreswechsel mit Pfiff!

Im Januar 1999 stellte die Gemeinderatskommission) die zukünftige Gemeindeorganisation zur Diskussion und beantragte, eine Arbeitsgruppe einzusetzen zur Überprüfung der künftigen Grösse des Gemeinderates (Reduktion der Zahl der Gemeinderäte) und eines eventuellen Systemwechsels für die Verwaltung. Dies gestützt auf die Tatsache, dass sowohl der Gemeindepräsident, als auch der Gemeindegeschreiber, im Verlauf des Jahres 1999 das Ende des 62. Altersjahrs erreicht haben werden.

Vier der fünf GRK-Mitglieder unterschrieben diesen Antrag. Im Gemeinderat rechnete man seit einiger Zeit mit Änderungen, mit Rücktritten auf das Wahljahr 2001 hin. Der Gemeinderat äusserte sich positiv zum erwähnten Überprüfungsverfahren und stimmte dem Antrag einstimmig zu.

Am 26. April 1999 wurden

- die Zusammensetzung der Arbeitsgruppe (9 Mitglieder aus den 5 Parteien, 1 Mitarbeiter der Gemeindeverwaltung und 1 externer Berater) sowie
- der Inhalt des Auftrages an die Gruppe und
- der Zeitplan für die Problembearbeitung

festgelegt und beschlossen.

Die konstituierende Sitzung der Gruppe fand am 1. Juni 1999 statt. Markus Jermann übernahm das Präsidium. Danach beschaffte sich die Arbeitsgruppe die erforderlichen Unterlagen und erarbeitete über 16 Arbeitssitzungen vier Varianten von Organisationsstrukturen. Der Präsident der Gruppe, Markus Jermann, lieferte den Schlussbericht (wie vorgesehen) Ende November an die Parteiprääsidenten, die Gemeinderätinnen und Gemeinderäte und an die Mitglieder der Arbeitsgruppe ab.

Die „Arbeitsgruppe Überprüfung Organisationsstruktur“ hatte ihre Arbeit abgeschlossen. Man traf sich am 13. Dezember 1999 in lockerer Stimmung zum Jahresabschluss-Essen und drei Tage später zur Budgetgemeindeversammlung.

Und dann, unter Traktandum 3. Verschiedenes, da platzte die Bombe. Der Gemeindepräsident gab den Rücktritt auf den 31. März 2000 bekannt, nach 19 Jahren erfolgreichem Wirken, aber 1 Jahr vor einem glanzvollen 20 – Jahr – Jubiläum, wie wir das eigentlich erwartet hatten. Ein Rücktritt auf dem absoluten Höhepunkt einer Karriere, oder ein Überraschungscoup, wie auch schon gehabt? Und einen Monat später doppelte der Gemeindegeschreiber nach. Männiglich war platt, hatte dieses Szenarium nicht erwartet; ich auch nicht. Hätten wir in dieser Zeitphase bereits einen Gemeinderat mit Ressortfunktionen gehabt (Ressortsystem), dann wären bereits (zum Beispiel) 9 entscheidungsgewohnte Rätinnen und Räte vorhanden gewesen, dann wäre das erwähnte Szenarium schlank in den Griff genommen worden. Wir aber standen vor dem Rücktritt quasi des „Allmächtigen“.

Diese Situation hat meine Abwägungen pro und kontra Ressortsystem – Einführung schlagartig beeinflusst. Nur noch Ressortsystem, nie wieder eine derartig einseitige, auf eine Einzelperson bezogene Kompetenzanhäufung, nie wieder derartige Überraschungen! Und das ausgerechnet in einer Phase, da Organisations-Strukturabklärungen für die Gemeindeverwaltung, und auf einen ganz bestimmten Zeitpunkt hin, zur Vernehmlassung vorlagen.

Ich werde für die Variante 3 werben und stimmen:

- Einführung des Ressortsystems
- 9 Gemeinderäte
- Gemeindepräsident im Nebenamt

Ich werde damit zu guter Letzt die Organisationsstruktur unterstützen, die die Freien Wähler vor rund 15 Jahren bereits vorlage-reif durchgearbeitet hatten. Folgen Sie diesen Überlegungen und stimmen Sie an der Gemeindeversammlung vom 3. Mai 2000 und an der Urne für die vom Gemeinderat vorgeschlagene Variante!

Armin Hulliger, Gemeinderat

**Ombudsfrau  
der Freien Wähler Dornach**

**701 66 55**

**zu jeder Zeit**

**oder schriftlich an:  
Postfach 4143 Dornach 2**

**Die Freien Wähler Dornach wollen,  
dass die an der Gemeindeversamm-  
lung vorliegende Variante 3 mit:**

9 Gemeinderäte/innen

9 Ressorts

keiner Gemeinderatskommission

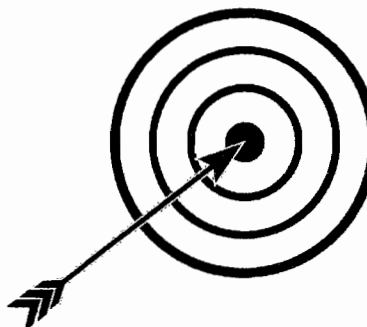
Gemeindepräsident/in im Nebenamt

Professionellem/r Gemeindeverwalter/in

**am 25. Juni 2000 allen Einwohnerin-  
nen und Einwohnern zur Abstimmung  
an der Urne vorgelegt wird!**

**Aus diesem Grund**

**treten wir an der Gemeindever-  
sammlung auf das Traktandum ein  
und überweisen durch einen Verzicht  
auf die Schlussabstimmung die un-  
veränderte Vorlage an die Urne!**



**Impressum:**

Extra-Infoblatt der Freien Wähler Dornach  
Redaktion: Gemeinsame Arbeit der Schrei-  
benden, Koordination Markus Jermann

Das Infoblatt ist das zwei Mal jährlich er-  
scheinende Informationsblatt der Freien  
Wähler Dornach. Es wird von diesen selber  
an alle Haushaltungen verteilt. Fragen und  
Anregungen zum Infoblatt und zur Politik der  
Freien Wähler nimmt gerne unsere Om-  
budsfrau, Telefon 701 66 55, entgegen.  
Schriftliche Kontaktaufnahme unter:

Freie Wähler Dornach  
Postfach, 4143 Dornach 2

